

Die seit einigen Tagen verbreiteten Nachrichten von unruhigender Art haben eine gewisse Nervosität im Auslande hervorgerufen, die nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Börse geblieben ist. Dagegen wird in Berlin erklärt, daß die deutschen Anleihen in keiner Weise von irgendwelcher ausländischen Seite in Frage gestellt werden.

Erklärung der preussischen Regierung.

Die preussische Regierung läßt offiziell erklären, es sei ganz unverantwortlich, in deutschen Zeitungen eine solche Panikstimmung auf Grund der Reichstagswahlen zu erzeugen. Es sei nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß von irgendeiner politischen Seite her Vorbereitungen zu einem Putsch oder dergleichen getroffen würden. Der Erfolg dieser unverantwortlichen Meldungen sei, daß eine Stimmung erzeugt werde, die politische Desperados erst dazu ermutige, einen Putsch zu versuchen. Daß von kommunistischer Seite derartige Furcht- und Schreckensmeldungen gebracht würden, sei absolut durchsichtig, daß aber auch von politisch anders eingestellten Zeitungen derartige Meldungen verbreitet würden, sei außerordentlich zu bedauern. Die Polizei sei zu hundert Prozent unterrichtet, was die radikalen Parteien beabsichtigen, und dort sei nicht bekannt, daß irgendein Putsch oder nur ein ähnliches Unternehmen beabsichtigt sei. Kennenswerte Waffenbestände, die zu einer gewaltsamen Anwendung in Frage kämen, seien in den Händen der radikalen Parteien nicht vorhanden. Die preussische Polizei sei im übrigen völlig intakt und ganz in der Hand der Regierung.

Der nationalsozialistische „Angriff“ bringt einen Artikel, der sich mit der Frage der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung befaßt. Man wüßte sich im Lager der Mitte nicht: die nationalsozialistische Bewegung habe keineswegs den Ehrgeiz, sich vor den bürgerlichen Parteien zu öffnen, wenn man das vor Volk und Nation verantworten könne. Die nationalsozialistische Bewegung wolle eine Umwälzung des Bestehenden und sie sei nicht gekommen, um das Bestehende zu halten, sondern um es noch zu stoßen.

Der Sozialistenführer Dr. Breitscheid, der augenblicklich in Gené wohnt, sagte zu dem Wablaußfall, die Regierung Brünning habe eine schwere Niederlage erlitten. Der Reichslanzler scheine noch nicht verstanden zu haben, daß er nun endlich zu Verhandlungen schreiten müsse. Dr. Brüning wolle, daß eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten unmöglich sei, und hoffe, daß die Sozialdemokratie ihn aus Furcht vor der Reaktion unterstützen würde. Natürlich erkenne auch die Sozialdemokratie diese Gefahr. Dennoch hänge aber ihre Haltung von den Bedingungen ab, die die bürgerlichen Parteien ihr anböten, Bedingungen grundsätzlicher Natur.

Schiffe in Not.

Sturmatastrophe im Kanal.

Im Kanal wütete schwerer Sturm. Zahlreiche Schiffe fanden Hilfe aus. Der 4950 Tonnen große Dampfer „Amberleigh“ rief bei Plymouth von der Unterteile los und trieb auf Strand. Bei Portland strandete ein französischer Schoner. Der Flugverkehr mußte fast ganz eingestellt werden. Auch der Postdampferverkehr über den Kanal erlitt starke Unterbrechungen. In der Nähe von Southampton trat das Wasser über die Dämme und richtete in einem Vergnügungspark großen Schaden an. — Ein großer Fischdampfer, der am Sonnabend früh im Hafen von Casablanca einlaufen wollte, wurde infolge des schweren Sturmes gegen eine Felswand geschleudert, wo er zerbrach. Von der eisförmigen Befestigung konnten drei Mann das Ufer schwimmend erreichen. Riffenbooten gelang es drei weitere Fischer zu retten. Fünf Mann, die sich in der Kajüte des Dampfers aufhielten, sind ertrunken.

Der Sturm an der nordfranzösischen Küste ist so heftig, daß es den Rettungsbooten nicht möglich ist, den zahlreichen in Seenot befindlichen Schiffen Hilfe zu bringen. Der Rettungsdampfer „Autroch“ aus Brest, der, der Gefahr trotzend, doch in See gegangen war, um einem südfranzösischen Dampfer Hilfe zu leisten, mußte auf halbem Wege kehrt machen, nachdem ein Mann über Bord geschleudert und der Schiffsrumpf fast vollständig voll Wasser gelaufen war. In der Nähe von Orient wurden viele Fischerboote gegen die Felswand geschleudert und zerstört. Auf der Höhe von Saint Nazaire geriet der Brennstoffbehälter eines Fischdampfers infolge Funkenflugs in Brand. Das Feuer breitete sich auf das ganze Schiff aus, das schließlich von den Wellen an den Strand geworfen wurde. Die fünfköpfige Besatzung konnte gerettet werden.

Stützungsaktion für den Hopfenbau.

Ausfallgarantie für eine halbe Million Mark.

Um die traurige Lage der Hopfenbauer zu erleichtern, beabsichtigt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, durch eine besondere Gesellschaft 25 000 bis 30 000 Zentner Hopfen aus dem Markt zu einem erträglichen Preis herauszunehmen. Um für etwaige Verluste einen Ersatz zu haben, hat der Reichsernährungsminister Schiele Ausfallgarantie des Reiches für 500 000 Mark unter der Bedingung zugesagt, daß auch Bayern die gleiche Ausfallgarantie übernimmt.

Hierüber hat es in München zunächst Schwierigkeiten gegeben. Sie sind aber jetzt durch das Eingreifen des deutschen Hopfenbauverbandes und einiger Abgeordneter aus dem bayerischen Hopfengebiet behoben worden. Das bayerische Finanzministerium teilte diesen Abgeordneten mit, daß die Regierung nunmehr die Ausfallgarantie vorbehaltlich der Zustimmung des Bayerischen Landtages übernehme, an der aber wohl kaum zu zweifeln sein wird.

Senkung der Baukosten.

Ergebnisse der Preisminderung.

Der Reichsarbeitsminister teilt über die bisherigen Ergebnisse der Preisentlastungsmaßnahmen für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung mit, daß durch die Verschlechterung des Baumarktes bereits eine gewisse Senkung der Baukosten eingetreten sei und daß die bei dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm vorgesehenen Vereinfachungen der Bauausführung eine weitere Einsparung an den Baukosten von 7—8 Prozent bringen werden.

Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Architekten haben dazu geführt, daß Ermäßigungen bei der Honorarberechnung gegenüber der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure eintreten. Die Zementverbände haben sich bereit erklärt, auf die jeweils geltenden

Listenpreise einen Preisnachlaß zu gewähren. Die hochwertigen Portlandzemente und die sogenannten Kamyzemente nehmen an dem Preisnachlaß teil. Weitere Erleichterungen sind hinsichtlich der Bezugsart vereinbart worden. Bei den Verhandlungen über Senkung der Ziegelpreise erwies es sich, daß eine einheitliche Preisbildung im Reich nicht besteht. Der Reichsverband der Deutschen Ton- und Ziegelindustrie hat seine Unterstützung bei Verhandlungen mit den örtlichen Ziegelwerkstätten zugesagt. Es ist ferner gelungen, die Fabrikpreise für Linoleum ab 1. September auf den Stand vom Herbst 1929 zu senken; weiterhin sind ab 1. September sämtliche Reverszeichner aus ihren Verpflichtungen entlassen. Damit ist für den Linoleumhandel die völlige Freiheit in der Gestaltung der Wiederverkaufspreise gegeben.

Die italienisch-französische Flottenfrage

London, 21. September. Der Genfer Vertreter der „Sunday Times“ bestätigt, daß die französisch-italienischen Verhandlungen über die Flottenabrüstung erfolglos verlaufen seien. Die Franzosen hätten die Annahme eines Vorschlages abgelehnt, der der französischen Flotte eine erhebliche Überlegenheit bis zum Jahre 1936 gesichert hätte. Aber auch über 1936 hinaus wäre die Frage der Flottengleichheit nach dem Vorschlag völlig offen geblieben. Es bestebe daher jetzt weniger Hoffnung denn je, daß Frankreich und Italien in vollem Umfange dem Londoner Flottenvertrag beitreten würden. Der diplomatische Mitarbeiter der „Sunday Times“ berichtet als Folge des Zusammenbruchs drei unmittelbarer Rückwirkungen: Erstens werde ein ausgedehntes Bauprogramm Frankreichs und Italiens den zwischen Amerika, England und Japan abgeschlossenen Drei-Mächte-Vertrag beeinflussen, denn dieser Vertrag enthalte eine Klausel, wonach die drei Staaten zu Verhandlungen über eine Revision des Abkommens berechtigt sind, falls andere Seemächte ihre Flotten verstärken.

Zweitens könne eine Rückwirkung auf die französisch-italienischen Ausgleichsverhandlungen, die vor einiger Zeit in Rom eingeleitet worden seien, nicht ausbleiben; das beziehe sich insbesondere auf die italienischen Ansprüche in Nordafrika.

Drittens sei eine Spannung zwischen Frankreich und Italien bedauerlich in einem Augenblick, wo als Ergebnis des nationalsozialistischen Wählerfolges in Deutschland die zukünftige Tendenz der deutschen Außenpolitik Gegenstand lebhafter Spekulation und einer gewissen Besorgnis sei.

Plötzlicher französischer Gefinnungsumschwung gegenüber Italien.

Paris, 21. September. Der Genfer Berichterstatter des Paris Midi behauptet, der Mißerfolg der französisch-italienischen Flottenverhandlungen sei auf tendenziöse Nachrichten zurückzuführen, die von englischer Seite über gewisse politische Ziele der italienischen Regierung verbreitet worden sei. Die französisch-italienischen Verhandlungen, so meint der Berichterstatter, hätten jedoch an Bedeutung verloren, nachdem hinter den Kulissen eine französisch-englisch-deutsche Verständigung über die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz für den November nächsten Jahres zustande gekommen sei.

Als besonders bezeichnend verdient in diesem Zusammenhang die Behauptung der französischen katholischen Zeitung „Le Croix“ hervorgehoben zu werden, daß Mussolini jetzt mehr denn je eine Verständigung mit Frankreich wünsche, und daß der Pariser Widerstand gegen ein Abkommen im Schwinden sei. Italien brauche Geld, und Frankreich habe Geld und könne es verleihen. Jetzt, wo das deutsche Volk in verstärktem Maße die Revision des Friedensvertrages fordere, so fährt das Blatt gleich anschließend fort, sei die Gelegenheit zu einer engeren Zusammenarbeit der lateinischen Rasse gekommen.

Keine italienischen Anleiheverhandlungen in Paris

Rom, 21. September. Das im Ausland wiederholt aufgetauchte Gerücht über angebliche italienische Anleiheverhandlungen in Paris wird amtlich in bestimmtester Form dementiert.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 22. September 1930.

Wochenblatt für den 23. September.

Sonnenaufgang	5 ⁵⁶	Mondaufgang	6 ³²
Sonnenuntergang	17 ⁵⁹	Monduntergang	18 ⁵⁹
1791: Dichter Theodor Körner geboren. — 1885: Kaiser Karl Spitzweg gestorben.			

Die Herbstnachtgleiche.

Ran ist es also wirklich Herbst, nicht der meteorologische, der durch das Wetter bestimmte Herbst, den wir mit Wälderfall und Landregen und allem, was sonst noch dazu gehört, schon seit langem haben, sondern der richtige Kalendernherbst, der uns selbst an sonnigen Tagen keinen Sommer mehr voraussehen kann. Dieser astronomische Herbst beginnt mit der Nachtgleiche, der Zeit des Jahres, wo der Tag genau so lange dauert wie die Nacht, also zwölf Stunden, wo die Sonne um 6 Uhr des Morgens auf- und um 6 Uhr des Abends untergeht. Das ist bekanntlich zweimal im Jahre der Fall, im Frühling um den 21. März und im Herbst um den 23. September, jedesmal, wenn die Sonne im Äquator steht. Was die Dauer des astronomischen Herbstes betrifft, so geht sie bis zur nächsten Sonnenwende, wenn die Sonne um Mittag ihren tiefsten Stand über dem Horizont und der Tag die kürzeste Dauer erreicht hat. Das ist am 21. Dezember der Fall. Aber das alles gilt nur für unsere nördliche Halbkugel, während auf der südlichen Halbkugel der Herbst vom 21. März bis zum 21. Juni dauert. Anfangs läßt sich der Herbst bei uns meist schon an Wald aber ändert sich das Bild. Kalte, heftige Windstöße jagen durch die Straßen der Städte und durch Feld und Wald, rütteln in den Baumkronen, daß das laute Laub nur so heruntergerissen wird, segeln Staub und Unrat vor sich her und treiben alle, die nicht Beruf oder Not zum Draußenbleiben zwingt, in die Geborgenheit der Häuser hinein. Kommt dann die Sonne hinter den schweren, ziehenden Wolken wirklich einmal wieder für einige Stunden hervor, so glauben wir nicht mehr recht an sie und halten uns mißtrauisch zurück. Man braucht nur an Spätkstober- und an Novembertage zu denken, und schon überkommt einen das Frösteln. Aber glücklicherweise kann der Herbst auch anders. Er ist die hohe Zeit des Einsammelns der Früchte und beim Wein die Zeit der köstlichen Lese mit allen ihren Witzgeboten. Und auch die Jäger wissen, was sie an ihm haben. Der Herbststauung braucht uns

also im Grunde nicht allzu traurig und trüb zu stimmen. Man kann schließlich, wenn man nur das Zeug dazu hat, aus allen Dingen zu jeder Zeit des Jahres eine Quelle des Frohsinns machen!

Turnverein V2. Die Monatsversammlung am Sonnabend eröffnete der Vorsitzende Max Hille mit Begrüßung der Erschienenen. Die Tagesordnung wurde genehmigt und aus einer großen Reihe von Eingängen eine Einladung des Turnvereins Herzogswalbe zum Stiftungsfest und eine solche des Brudervereins Oberhermsdorf zum 20jährigen Bestehen befanntgegeben mit der Bitte um Teilnahme. Das Angebot des Films vom Landbesturnfest in Chemnitz läßt man zunächst auf sich beruhen. Zwei neue Mitglieder werden aufgenommen und einige Abmeldungen befanntgegeben. Am 4. Oktober will man wieder wie in den letzten Jahren eine Abendpartie zur Hirschblöße in den Tharandter Wald unternehmen. Bei genügender Beteiligung will man mit Auto bis zum Landberg fahren. Mit der Ausgestaltung des Unterhaltungsabends am ersten Weihnachtsfeiertag soll sich der Turnrat befassen. Dann nahm Verw.-Ass. Brauer-Meißens das Wort und überreichte im Namen des Polizeisportvereins Meißens als Dank für die gastfreundliche Aufnahme eine wertvolle Plakette mit Widmung mit dem Wunsch, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Vereinen jederzeit fortbestehen möchten. Man war allgemein überrascht von dem kostbaren Geschenk und nahm es als Zeichen dafür, daß sich die Polizeisportler in den hiesigen Turnerkreisen wie in unserer Stadt wohlbefunden haben. Vorsitzender Hille dankte ganz besonders für die Aufmerksamkeit im Namen des Vereins mit der Versicherung, daß die Wilsdruffer Turner jederzeit gern mit den Meißenern treue Freundschaft halten würden. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, legte der erste Vorsitzende Max Hille sein Amt nieder, nachdem er bereits im Turnrat dieselbe Erklärung abgegeben hatte. Zehn Jahre hat er das Amt innegehabt und während dieser Zeit hat er sich große Mühe um den Verein gegeben. Wenn er sich nun von der Vereinsleitung zurückzieht, um einer jüngeren Kraft Platz zu machen, dann kann man das verstehen, zumal er die Verdienste abgibt, daß er dem Verein gegenüber der Alte bleibe und am Plage sei, wenn er gebraucht werde. Er dankte allen, besonders den Mitgliedern des Turnrates, für die tatkräftige Mitarbeit im Interesse des Vereins und bat, auch in Zukunft darin nicht zu erlahmen. Der zweite Vorsitzende, Hans Schmidt, übernahm vorläufig die Vereinsleitung. Er bedauerte die Amtsniederlegung, erkannte aber die dazu führenden Gründe an und dankte namens des Vereins dem scheidenden ersten Vorsitzenden Hille für all die Mühe und Arbeit, die er für den Verein jederzeit gern und freudig getan habe. Mit der Neuwahl des ersten Vorsitzenden wird sich in nächster Zeit zunächst der Turnrat befassen.

Der Lautenchor der Körnerschule Freiberg, der von seinem Konzert im „Löwen“ hier noch in bester Erinnerung steht, besucht am kommenden Freitag Wilsdruff und gibt auch dort unter der Leitung von Oberlehrer Köhner ein Wohltätigkeitskonzert. Auf dem Wege dahin macht der Chor in Wilsdruff Rast und will unserer Einwohnerschaft nachmittags 2 Uhr auf dem hiesigen Marktplatz einige Lieder singen.

Tierseuchen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meissen. Der letzte amtliche Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Tierseuchen in Sachsen am 15. d. M. verzeichnete in der Amtshauptmannschaft Meissen nur noch die anstehende Blutarmut der Einhufer und zwar in 2 Gem. 2 Geh.

Aus den Sächsischen Gesellschäften. Das Verordnungsblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung Nr. 19 vom 18. September enthält folgende Bekanntmachungen: Ledigensteuer der Volks- und Berufsschullehrer; Einfindung der Steuerarten für Lehrer, die in den Ruhestand treten; Steuerabzug bei Lehrgängen; Befreiung der vorübergehend in der Landwirtschaft beschäftigten jugendlichen Reichsausländer von der Teilnahme am Unterricht der Berufsschule; Fortbildungskursus für Volksschullehrer an der Universität Leipzig; Einfindung einzelner Gebaltsbogen für den Monat Oktober 1930.

Vergünstigung für erkrankte Kriegsbeschädigte. In den nächsten Wochen ist mit einer Verordnung zu rechnen, die eine Milderung der Notverordnung für franke Kriegsbeschädigte darstellt. Bekanntlich sind auch die Kriegsbeschädigten von der Zahlung von 50 Pf. für einen Krankenchein und für ärztliche Verordnungen betroffen worden. Da für im Kriege erworbene sogenannte Versorgungsgeldern grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf freie Heilbehandlung gegenüber dem Reich gefordert werden muß, stellt sich die Notverordnung des Reichspräsidenten als besondere Härte dar. Auf die wiederholten Vorstellungen des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserbitterten bin ist an zuständiger Stelle für die allernächste Zeit eine Milderung der Notverordnung in Aussicht gestellt worden.

Gerabesehung des Krankenlastenbeitrages. Die Leistungen der Krankenlasten werden durch die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten neu geregelt. Die Berufsgruppen des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, die Deutschnationale Krankenkasse, Erlaßklasse, hat Hand in Hand eine Beitragsentlastung um durchschnittlich 15 Prozent vorgenommen. Die Beitragsentlastung tritt am 1. Oktober in Kraft.

Die sächsischen Sparkassen im August. Im Monat August wurden nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes bei 354 sächsischen Sparkassen in 197 408 Fällen 29 539 930 Mark eingezahlt und in 74 240 Fällen 17 252 946 Mark zurückgezahlt. Es ergibt sich somit ein Einzahlungsüberschuß von 12 286 984 Mark. Das Einlegergut haben einschließlich der bisher berechneten Zinsen war Ende August auf 682 723 413 Mark angewachsen.

Verlängerte Gültigkeit der Fremdenmeldezettel. Dem Ministerium des Innern bekannt geworden ist, daß in den bei Beherbergung dienenden Betrieben vielfach noch ein größerer Bestand von Fremdenmeldezetteln in der bis zum 1. Oktober 1930 geltenden Fassung vorhanden ist, hat es mit Rücksicht auf die ungenügende Wirtschaftslage nachgelassen, daß die Restbestände bis zum 1. Juli 1931 aufgebraucht werden können, vorausgesetzt daß die Zettel alle Angaben enthalten, die der mit den Inkrafttreten durch die Landesmeldeverordnung eingeführte neue Vorstufe vorzichtet.

Die sächsischen Industrie- und Handelskammern für Aufhebung des Bodenperrgesetzes. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern setzen sich in einem gemeinsamen Bericht an das Wirtschaftsministerium erneut für eine baldige Aufhebung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 20. November 1920 ein. Nach ihrer Auffassung stellt dieses Gesetz ein wesentliches Hindernis für die Gesundung des Grundstückenmarktes gerade in Sachsen dar. Dazu kommt, daß der Druck, der so schon auf den Grundstückenpreisen liegt, durch das Erhabernis der Genehmigung des Verkaufs noch verstärkt wird, so daß die heute bei der Veräußerung von Grundstücken vielfach eintretenden Verluste noch größer werden.